

In Argentinien ist etwas schief gegangen

Nestor D'Alessio

Irgendetwas ist schief gegangen in Argentinien. Das Land, das in den 90er Jahren als Modell neoliberaler Reformen angepriesen wurde, hat die Bedienung seiner Auslandsschulden eingestellt und dadurch eine der größten außerordentlichen Kreditkündigungen in der Geschichte der internationalen Finanzen verursacht. Begleitet wurde diese historische Einmaligkeit von sozialen Unruhen, Plünderungen von Geschäften, Straßendemonstrationen und 30 Toten infolge polizeilicher Repression, die den Rücktritt des Präsidenten De la Rúa im Dezember 2001 erzwungen haben. Drei Übergangspräsidenten lösten sich in wenigen Tagen ab, bevor der heutige Präsident Duhalde im Januar vom Parlament gewählt wurde. Und vier Monate nach seinem Amtseintritt wird über bevorstehende Wahlen und mögliche Kandidaten spekuliert.

Die politische Instabilität spiegelt die sozialen Spannungen innerhalb einer Gesellschaft wieder, in der nicht nur die Armut gewaltige Ausmaße angenommen hat, sondern die sich auch mit einer abrupten Verschiebung ihrer finanziellen Koordinaten konfrontiert sieht. Denn die Regierung hat nicht nur die Zahlungsunfähigkeit des Landes erklärt, sie hat auch die Anfang der 90er Jahre eingeführte feste Anbindung an den Dollar mit einer Parität von 1 zu 1 aufgegeben und eine starke Abwertung der nationalen Währung herbeigeführt. Zugleich sind alle in Dollar nominierten Verbindlichkeiten und Forderungen zu unterschiedlichen Paritäten in Pesos umgewandelt worden, wobei das im Dezember verfügte Einfrieren der Bankguthaben aufrechterhalten bleibt, denn man befürchtet, dass ihre Freigabe den Kurs des US-

Dollars in die Höhe treiben wird. Mit diesen Maßnahmen versucht die Regierung, den hohe Dollarisierungsgrad der Wirtschaft (Pesos und Dollar sind anerkannte Zahlungsmittel in Argentinien) zurückzunehmen und die Bedingungen für eine autonomere Geld- und Wechselkurspolitik zu schaffen, die zum Ankurbeln der Exporte des Landes beitragen könnte. Ob das Konzept aufgeht, wird sich mit der Zeit zeigen. Tatsache ist, dass das Maßnahmenbündel mit seinen unmittelbaren Umverteilungseffekten die Interessen von Gläubigern und Schuldnern, Exporteuren und Importeuren, Unternehmern und Lohnabhängigen, Produzenten und Konsumenten stark tangiert, und dass sie infolgedessen versuchen, die Lasten der Anpassung zu minimieren bzw. auf andere Interessengruppen abzuwälzen. Angst vor einer Hyperinflation wie Ende der 80er Jahre grassiert, aber auch davor, dass die wachsende Armut zu chaotischen Zuständen mit neuen Plünderungen und Gewaltakten führen kann.

Verschärft wird das Klima von Unsicherheit und Ungewissheit durch die harte Haltung der amerikanischen Regierung und des Internationalen Währungsfonds, die im Unterschied zu früheren zügig verabschiedeten Stützungsprogrammen, eine verschleppende Verhandlungstaktik eingeschlagen haben, die von harten Worten gegen das „unberechenbare“ Land begleitet wird. Erst Mitte März hat eine offizielle Delegation Argentinien besucht, ohne dass sich konkrete Resultate bezüglich der Kreditvergabe ergeben hätten. In dieser Haltung spiegelt sich das Misstrauen einem Präsidenten gegenüber wieder, dessen peronistische Partei die Erklärung

des Staatsbankrottes mit Applaus im Parlament gefeiert hat. Ein Land, das sich so leichtfertig über die Bedienung der Auslandsschulden hinwegsetzt, verdient aus der Perspektive der Finanzwelt bestraft zu werden. Aber auch das Versagen des Internationalen Währungsfonds, frühere Kredite mit Bedingungen verknüpft zu haben, die zu der Krise von heute führten, erklärt seine heutige Vorsicht. Argentinien braucht die Kreditunterstützung des IWF nicht zuletzt, um seine Zahlungsfähigkeit und dadurch den Zugang zu den internationalen Kreditmärkten zurückzugewinnen. Durch die Kredite könnte das Land die Zeit gewinnen, die notwendig ist, um das neue Wirtschaftsmodell zu stabilisieren. Zur Zeit (Mitte April 2002) versucht die Regierung, vor allem den starken Kursverfall der nationalen Währung zu stoppen. Nicht nur die Angst vor einer unkontrollierten Inflation treibt die Leute dazu, Dollars zu kaufen. Mächtige Wirtschaftsinteressen stehen hinter der Spekulation gegen die nationale Währung. Ihre Strategie besteht darin, die Regierung dazu zu drängen, die nationale Währung endgültig abzuschaffen und den Dollar als einziger Zahlungsmittel einzuführen. In diesem Fall werden sich, wie wir anschließend sehen werden, die negativen Tendenzen verschärfen, die in den 90er Jahren zu den krasse sozialen Gegensätzen von heute geführt haben.

Neoliberalismus mit fixem Wechselkurs und Währungskonvertibilität: Argentinien in den 90er Jahren

Die Tatsache, dass die Umsetzung des neoliberalen Modells in den 90er Jahren als Erfolg angepriesen wurde, muss vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Stagnation der 80er Jahre gesehen werden, die von hyperinflationären Schüben begleitet wurde. Nachdem Argentinien in den Jahren 1989/1990 mit jährlichen Inflationsraten von 5.103 % bzw. 1.344 % zu kämpfen hatte, fielen sie im Laufe der 90er Jahre abrupt, so dass die Preissteigerungen in der zweiten Hälfte der Dekade unter 1 % lagen. Die erfolgreiche Bekämpfung von Inflation und Hyperinflation ging im wesentlichen auf das „Konvertibilitätsgesetz“ von März 1991 zurück, das ein

neues Wechselkursregime einführte. Die nationale Währung (Peso) wurde zu einer festen Parität von 1:1 an den Dollar gebunden und die umlaufende Geldmenge durch entsprechende Dollarreserven der Zentralbank gedeckt, die die volle Währungskonvertibilität zusicherte. Ferner untersagte das Gesetz der Zentralbank Geld zur Finanzierung des Haushalts zu drucken, mit der Folge, dass monetäre Expansion praktisch nur im Austausch mit Devisen stattfinden konnte. Mit dem „Konvertibilitätsgesetz“ sollte ein monetärer Anker bzw. eine Richtschnur für alle anderen volkswirtschaftlichen Größen geschaffen werden. Es ging aber auch darum, das durch die Hyperinflation verlorene Vertrauen in die nationale Währung zurückzugewinnen. Die feste Anbindung an den nordamerikanischen Dollar wurde von einem Reformprogramm begleitet, das zur Normalisierung des Schuldendienstes gegenüber Gläubigerbanken, zur flächendeckenden Privatisierung von Staatsbetrieben, zur handelspolitischen Öffnung der Wirtschaft und zur Teilprivatisierung der Rentenversicherung führte. Weiterhin verbesserten sich die Steuereinnahmen des Staates durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Durchschnittliche Wachstumsraten um 7 % sowie ein Anstieg der Reallöhne infolge der Reduktion der Geldentwertung waren unmittelbare Konsequenzen der Umsetzung des Reformprogramms in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Eine Dekade von Wirtschaftsstagnation und unkontrollierter Inflation schien der Vergangenheit anzugehören (D'Alesio/Oberbeck, 1994; Boris, 2001)

Die Erfolgsgeschichte nahm jedoch ein abruptes Ende mit der mexikanischen Finanzkrise von 1994/1995. Ansteckung ist der Ausdruck, der sich eingebürgert hat, um die Übertragung von Finanzkrisen von einem Land zu einem anderen im Rahmen der weltweit integrierten Finanzmärkte von heute zu charakterisieren. Im Fall Argentinien manifestierte sich die Erscheinung in abrupten Kapitalabflüssen, die vermittelt durch die eingetretene Geldknappheit – im Rahmen des Konvertibilitätsgesetzes wirkte sich eine Reduktion der Zentralbankreserven automatisch in einer Verknappung der Geldbasis aus –

zu einer steilen Zinserhöhung führte. Rezession und Bankenkrise waren die unmittelbare Konsequenz.

Unterstützungskredite des IWFs halfen, die Bankenkrise zu überwinden und die Wirtschaftslage zu stabilisieren, so dass in den Jahren 1996 und 1997 Wachstumsraten von 5,1 % bzw. 8,1 % erreicht wurden. Die Wachstumserfolge waren aber von kurzer Dauer. Fand eine merkliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums (3,9 %) im Jahre 1998 statt, so befindet sich Argentinien seit 1999 in einer tiefen Rezession, die als eine der Ursachen der heutigen Krise betrachtet werden kann. Während zwischen 1998 und 2000 das Volkseinkommen um 12 % sank, schrumpfte die Wirtschaft im zweiten Quartal 2001 weiter um 11 % gegenüber dem Vorjahr. So wie im Fall der Mexikokrise wurden externe Faktoren wie die Asienkrise 1997/1998 und die brasilianische Krise 1999 als Auslöser der Rezession ausgemacht. Besonders die letzte traf die Exportwirtschaft wegen der starken Abwertung der brasilianische Währung hart. Ohne zu bestreiten, dass externe Faktoren eine Rolle bei den Wachstumseinbrüchen und Rezessionen gespielt haben, weist jedoch die extreme Vulnerabilität der argentinischen Volkswirtschaft auf Gründe hin, die in dem Wirtschaftsmodell selbst liegen.

Als argentinische Variante des neoliberalen Modells galt nicht so sehr die weitreichende Durchsetzung von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, sondern das „Konvertibilitätsgesetz“. Wirkungsvoll bei der Bekämpfung der Inflation, stellte es eine Art von Korsett der nationalen Volkswirtschaft dar, indem der Wechselkurs als Anpassungsmechanismus gegenüber veränderten Preis- und Kostenstrukturen wegfiel. Obwohl die Inflationsrate in der ersten Hälfte der 90er Jahren abrupt fiel, lag sie jedoch merklich über die Inflationsrate der US-Wirtschaft, was zu einer Überbewertung der nationalen Währung führte, die wegen der festen Anbindung des Pesos an den US-Dollar nicht zu korrigieren war. Dadurch wurde die Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Produkte auf dem Weltmarkt geschwächt. Zugleich trug die Überbewertung in Kombination mit der Handelsliberalisierung dazu bei, dass

wichtige Teile der einheimischen Industrie durch Importprodukte zerstört wurden. Während relativ geringe Handelsbilanzüberschüsse bis Mitte der 90er Jahre erreicht werden konnten, verzeichnete die Handelsbilanz in den folgenden Jahren beträchtliche Defizite, die sich zu den hohen Defiziten der Leistungsbilanz summieren, so dass das Zahlungsbilanzdefizit von 4.900 Milliarden US-Dollar im Jahre 1995 auf 12.400 Milliarden im Jahre 1999 stieg. Der Fehlbetrag wurde durch eine steigende Verschuldung des Staates und der Privatwirtschaft gedeckt, die von 28,4 % des BIPs im Jahre 1995 auf 51,4 % im Jahre 2000 wuchs (IWF, 2000). Nach zehn Jahren zeigte sich das Wirtschaftsmodell als unfähig, die Reproduktion der argentinischen Wirtschaft ohne steigende Verschuldung zu garantieren. Das Misstrauen von Kreditgebern und Sparern schlug sich in immer höheren Risikoprämien so wie erneuter Kapitalflucht nieder, die die Dollarreserven der Zentralbank in den letzten zwei Jahren halbierten. Das Einfrieren der Bankguthaben im Dezember 2000, um die Flucht in den Dollar zu bremsen und dadurch den Zusammenbruch des Banksystems zu verhindern, gab dem Modell den endgültigen Todesstoß.

Eine gängige Erklärung neoliberaler Prägung behauptet, dass das Modell gescheitert ist, weil die institutionellen Anpassungsreformen auf der halben Strecke steckengeblieben sind. Vor allem wird kritisiert, dass die Verwaltungsreform des Staates durch eine korrupte politische Klasse verhindert worden sei. Dass Korruption ein weit verbreitetes Phänomen in Argentinien ist, und dass die Staatsverwaltung ineffizient arbeitet, ist nicht zu bestreiten. Tatsache ist aber, dass das konsolidierte Haushaltsdefizit (Bund und Provinzen) in den 90er Jahren relativ klein war: ca. 2 % des BIPs. Erst am Ende der Dekade erhöhte es sich auf ca. 4 % als Folge der tiefen Rezession. Gehaltskürzungen bei staatlichen Angestellten und Ausgabenkürzungen konnten nicht die sinkenden Steuereinnahmen kompensieren, so dass sich der Staat weiter verschulden musste. Es sind aber nicht unbedingt die Gehälter der Staatsangestellten, die das Haushaltsdefizit erklären. Ihr Anteil am öffentlichen Haushalt ist seit 1993 sogar gesunken. Im diesem Jahr verlor der Staat

jedoch ca. 2 Milliarden Pesos an Einnahmen als Folge der von der Finanzwelt hoch angepriesenen Teilprivatisierung der Rentenversicherung, während die Rentenauszahlungen an die im öffentlichen Rentensystem verbliebenen Rentner weiter stiegen. Sie betragen im Jahre 2000 4,9 Milliarden Pesos. Der Verlust von Staatseinnahmen, die durch Geldemission nicht gedeckt werden durften, trieb die Verschuldung des Staates voran, die Zinsaufwendungen des Staates stiegen von ca. 2,9 Milliarden Pesos im Jahre 1993 auf ca. 9,6 Milliarden im Jahre 2000. Finanziert wurde das Defizit teilweise von den Pensionfonds, die im Rahmen der Teilprivatisierung der Rentenversicherung gegründet wurden und von einer kleinen Anzahl von Großbanken kontrolliert werden. Dadurch stieg der Anteil der in US-Dollars nominierten Inlandsverschuldung an der Gesamtverschuldung von 15 % im Jahre 1991 auf 40 % im Jahre 2001 (Vitelli, 2001). Der perverse Kreislauf der steigenden Staatsverschuldung, von der Banken und Pensionsfonds profitierten, blieb jedoch nicht ohne Konsequenzen für den produktiven Sektor. Kreditrestriktion und hohe Zinsen haben die Wirtschaft erstickt und zur Vertiefung der Rezession geführt.

Steigende Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft, regressive Einkommensumverteilung und Exclusion

Die weitreichende Umsetzung von Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung haben den Strukturwandel in den 90er Jahren beschleunigt und tiefe Spuren in Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen. Nicht nur haben sich die Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft verändert, der Konzentrationsgrad erhöhte sich auch. Zugleich zeigte die Einkommensverteilung regressive Tendenzen, die zum merklichen Anwachsen der Armut führten.

In einer Studie des argentinischen Bundesamtes für Statistiken (INDEC, 2000) wird die Gruppe der Unternehmen untersucht, zu der die 500 größten Firmen Argentiniens gehören. Sie produzieren ca. 40 % des BIPs im

formellen Sektor. Während das BIP zwischen 1993 und 1998 um 26,1 % wuchs, nahm die Wertschöpfung dieser Unternehmensgruppe in der gleichen Periode um 39,8 % zu, was auf eine Erhöhung des Konzentrationsgrades in der Wirtschaft hinweist. Da viele von diesen Unternehmen wiederum untereinander verflochten sind, bedeutet dies, dass 2/5 des formellen BIPs von weniger als 500 Wirtschaftsagenten produziert werden. Nicht nur ist der Konzentrationsgrad gestiegen, die Eigentumsverhältnisse haben sich in der Periode merklich verändert. Während sich im Jahre 1993 280 der 500 größten Unternehmen in einheimischen Händen befanden, fiel diese Zahl auf 208 im Jahre 1998. Zugleich ist die Anzahl der Unternehmen, die mehrheitlich von ausländischen Kapital kontrolliert werden, von 156 auf 223 gestiegen. Eine Folge dieser Verschiebung ist die Tatsache, dass der Anteil an der Wertschöpfung der einheimischen Unternehmen von 38,1 % auf 24,1 % gefallen ist.

Charakteristisch für die ausländischen Investitionen der 90er Jahre war, dass sie sich im Rahmen der Privatisierung auf die Energie-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Kommunikation, Banken und den Dienstleistungssektor konzentriert haben. In der Industrie sind ausländische Investitionen vor allem in der Auto- und Nahrungsmittelindustrie zu finden. Die hohe Konzentration der ausländischen Investitionen in Wirtschaftssektoren, die nicht für den Export arbeiten, verschärfte aber das Problem der Zahlungsbilanzdefizite. Denn sie generieren keine Devisen, fragen aber Devisen nach, wenn sie Gewinne ins Ausland transferieren. In der Periode 1990-1999 haben die ausländischen Unternehmen etwas mehr als 60 % ihrer erwirtschafteten Gewinne überwiesen (Chudnovski/Lopez, 2001)

Man kann argumentieren, dass die ausländischen Investitionen zur Modernisierung und zu mehr Effizienz der Infrastruktur und des Dienstleistungssektors beitragen, die dann zu Kostensenkungen im Produktionssektor – Exportwirtschaft eingeschlossen – führen. Im Fall Argentinien hat eine solche Modernisierung tatsächlich stattgefunden. Zugleich haben fehlerhafte Regulierung und Behördenaufsicht sowie eine Privatisierung, die

monopolistische Strukturen unangetastet ließ und die Interessen der Konsumenten nicht berücksichtigt hat, dazu geführt, dass die Höhe der Tarife die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft beeinträchtigte. Wiederholte Klagen der Landwirtschafts- und Industrieverbände über die hohen Tarife im Kommunikations-, Elektrizitäts- und Dienstleistungssektor belegen den Tatbestand. Immer wieder wird nicht nur auf die Produktivitätssteigerung in der Wirtschaft, sondern auch ganz besonders in den Großunternehmen als Erfolg des Wirtschaftsmodells hingewiesen. In dem Zusammenhang bestätigt die Studie von INDEC, dass die Arbeitsproduktivität in den 500 untersuchten Firmen um 49,2 % zwischen 1993 und 1998 zugenommen hat, bei einer Reduktion der Arbeitsplätze von ca. 40.000. Interessant ist dabei festzustellen, wie sich die Produktivitätsgewinne verteilt haben. Da das durchschnittliche Einkommen der Belegschaften um 19,6 % zunahm, bedeutet dies, dass sich die Unternehmen 60 % der Produktivitätsgewinne angeeignet haben (INDEC, 2000).

Die steigende Kluft zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen in der Gruppe der modernen Großunternehmen, die immerhin reale Einkommensgewinne für ihre relativ privilegierten Arbeitnehmer von ca. 2 % jährlich zuließ, ordnete sich in eine Tendenz ein, die darin bestand, die Lohnkosten flächendeckend mit dem Ziel zu drücken, den Wechselkurs und die Konvertibilität der nationalen Währung aufrechtzuerhalten. Während die Deflation der Arbeitskosten im öffentlichen Sektor durch Gehaltskürzungen zu erreichen war, wichen in die Enge getriebenen Klein- und Mittelbetriebe in die Schwarzökonomie aus. Löhne und Gehälter wurden schwarz ausbezahlt, ohne dabei Sozialabgaben zu entrichten. 84 % der Arbeitsplätze, die in den 90er Jahren geschaffen wurden, fielen unter die Rubrik Schwarzökonomie. Vor der Abwertung betrug der Nettodurchschnittslohn in der formellen Ökonomie 550 US-Dollar im Monat, während die durchschnittlichen Löhne im Bereich der Schwarzökonomie nur 400 US-Dollar betragen. Die Kosten eines Warenkorb zur Deckung des elementaren Bedarfs einer Familie mit zwei Kindern in der Hauptstadt beliefen sich aber im Jahre 2001 auf

1.030 US-Dollar (Bermudez, 2002). Zur steigenden Armut in der Gesellschaft trug außerdem die für argentinische Maßstäbe hohe Arbeitslosigkeit bei. Seit Mitte der Dekade lag die Arbeitslosenquote über 10 %, mit Höchstwerten, die ca. 18 % erreichten. Das Gleiche galt für die Unterbeschäftigung, die stetig von 10 % im Jahre 1994 auf 14 % im Jahre 2000 anstieg (IWF, 2000). Für die argentinische Volkswirtschaft, in der der Konsum mehr als 80 % des BIPs ausmacht, war diese Entwicklung verheerend. Sie hat das Land immer mehr in die Rezession gerissen, indem die effektive Nachfrage ständig schwächer wurde. Zur Zeit leben 40 % der Bevölkerung in Großraum Buenos Aires unter der Armutslinie und die Arbeitslosigkeit hat die Marke von fast 20 % erreicht.

Bilanz und Perspektiven

Wie kann das argentinische Desaster eingeordnet werden, wenn man die Erfahrungen der 90er Jahre einschätzen will? In diesem Text ist versucht worden, die Reproduktionsgrenzen des neoliberalen Wirtschaftsmodells in seiner argentinischen Ausprägung darzustellen. Über seine nationalen Besonderheiten hinaus war das Wirtschaftsmodell ein Versuch, ein Land der kapitalistischen Peripherie unter den Bedingungen seiner Öffnung zum Weltmarkt makroökonomisch zu stabilisieren. Preis- und Geldstabilität kombiniert mit Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung haben sich jedoch nicht als tragfähig erwiesen. Externe Schocks wie die Asien- und die Russlandkrise sowie die Abwertung des brasilianischen Reals und der Preisverfall der argentinischen Exportprodukte auf dem Weltmarkt haben die Wirtschaft zweifellos stark getroffen. Entscheidender für das Scheitern des Wirtschaftsmodells waren jedoch der fixe Wechselkurs und die Konvertibilität der nationalen Währung, sowie fehlerhafte Maßnahmen wie die abrupte Handelsliberalisierung oder die Teilprivatisierung der Rentenversicherung. Eine steigende Auslandverschuldung, über die der Gewinntransfer ausländischer Unternehmen und die Kapitalflucht finanziert wurden, hat die Reproduktionsbedingungen des Wirt-

schaftsmodells vorübergehend abgesichert und seine Krise hinausgeschoben. Dadurch blieben Polarisierungs- und Verarmungstendenzen in der Gesellschaft latent, die sich in der Krise mit voller Wucht bemerkbar machen und zum ersten Mal die Mittelschichten voll treffen. In diesem Sinne kann man die Krise als Übergangsphase betrachten, in der nach einer neuen Kombination von makroökonomischen Stabilitätsbedingungen und Integration in den Weltmarkt gesucht wird. In welche Richtung diese Suche gehen wird, kann man heute nicht voraussehen.

Die Aufgabe des fixen Wechselkurses und die Abwertung der nationalen Währung stellen einen Versuch dar, eine Art von Puffer zwischen der nationalen Ökonomie und dem Weltmarkt zu schaffen. Die positiven Effekte für die Handelsbilanz durch die Ankurbelung der Exportwirtschaft und die Verteuerung der Importprodukte werden sich aber erst nachhaltig einstellen, wenn die Lohnkosten unter der abwertungsgetriebenen Inflation bleiben. Das Land könnte auf diese Weise seine Zahlungsfähigkeit unter der Bedingung zurückgewinnen, dass die Gläubiger eine Umschuldung mit starken Abstrichen akzeptieren. Die Kosten werden aber die Lohnabhängigen tragen, deren Löhne wegen der Inflation real weiter sinken werden. Wiederum stellt die Dollarisierung der Wirtschaft eine Alternative dar, die nicht ausgeschlossen werden kann, besonders wenn der Kursverfall der nationalen Währung nicht zu stoppen ist und dadurch die Inflation außer Kontrolle gerät. Sie würde nichts anderes als eine Zuspitzung der Rahmenbedingungen bewirken, unter denen die Wirtschaft in den 90er Jahren funktionierte. Auf ihre negativen Konsequenzen für die Gesellschaft wurde bereits hingewiesen.

Nach dem Einfrieren der Bankguthaben ist Argentinien ein Land praktisch ohne Banksystem. Dessen Wiederaufbau bildet eine dringliche, wenn auch nicht einfache Aufgabe, unter anderem weil das Vertrauen der Bankkunden völlig ruiniert ist. Anfang des Jahres wurden die in US-Dollar nominierten Bankforderungen in Pesos zu einer Parität von 1 zu 1 umgewandelt, während die Umwandlung der Bankverbindlichkeiten zu einer Parität

von 1 Dollar zu 1,40 Pesos stattgefunden hat. Solche Paritäten, die zunächst einen Verlust für die Banken darstellen, sind jedoch weit von dem heutigen Wechselkurs des Dollars entfernt, der über 3 Pesos liegt. Wenn die Rettung des Banksystems, wie sie heute zur Diskussion steht und von den Banken verlangt wird, durch die Umwandlung der eingefrorenen Bankguthaben in langfristige Staatsanleihen zu der alten Parität organisiert wird, die die Banken wiederum dem Staat gegenüber durch ihre stark entwerteten Staatspapiere zu nominalen Werten verrechnen werden, wird das bedeuten, dass die Rettungskosten von den Bankkunden und dem Staat getragen werden.

Wie schon eingangs angedeutet, wird das Klima von Ungewissheit und Unsicherheit zur Zeit durch die Härte der amerikanischen Regierung und, über sie vermittelt, des Internationalen Währungsfonds verschärft. Kritik seitens der amerikanischen Regierung an der Praxis der Kreditvergabe des IWFs war lange vor dem Ausbruch der Krise in Argentinien vernehmbar. Kritisiert wurde die Tatsache, dass von den Rettungspaketen zur Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit von Krisenländern vor allem Privatinteressen profitiert haben. Die Kritik ist nicht von der Hand zu weisen, wenn man im Fall Argentinien bedenkt, dass die Rettungspakete die Kapitalflucht mitfinanziert haben. Bei einer Auslandverschuldung von ca. 140 Milliarden US-Dollar haben reiche und weniger reiche Argentinier ca. 100 Milliarden US-Dollar im Ausland deponiert. Und die Geschäfts- und Investmentbanken, die heute zur Rettung drängen, waren diejenigen, die die Kapitalflucht gewinnbringend organisierten und durch Plazierung von argentinischen Staatspapieren Geld verdienten, indem sie die Tragfähigkeit des Wirtschaftsmodells anpriesen.

Der IWF kann sich weder leisten, Argentinien fallen zu lassen noch vergangene Erfahrungen mit gescheiterten Rettungspaketen zu wiederholen, was seine harte Verhandlungsstrategie erklärt. Wie Kritiker in akademischen, ökonomischen und politischen Zirkeln in den USA jedoch anmerken, werden die von IWF verlangten drakonischen Sparmaßnahmen als Bedingung für die

Kreditvergabe das Land weiter in die Depression reißen und eine soziale Explosion riskieren. Nach ihrer Meinung wird die Unterstützung des IWF unter solchen Bedingungen nicht das notwendige Vertrauen schaffen, um das Fluchtkapital wieder ins Land zu holen. Nur ein großzügiges Rettungspaket könne einen relativ geordneten Übergang garantieren. Voraussetzung dafür sei aber, dass das Land in den nächsten Jahren von ausländischen Experten kommissarisch verwaltet wird (Caballero/Dornbusch, 2002) Ein heterodoxer Vorschlag, der an den Fall Österreich nach dem ersten Weltkrieg erinnert und zeigt, wie tief die Krise in Argentinien und wie groß das Misstrauen in eine politische Klasse sind, die Komplize eines Wirtschaftsmodells gewesen ist, bei dem wenige Gewinner und viele Verlierer produziert wurden.

Es ist zu früh, um voraussagen zu können, unter welchen Bedingungen sich die argentinische Wirtschaft stabilisieren wird. Eines ist aber sicher: Makroökonomische Stabilität bedeutet nicht Wohlstand, zumindest nicht in absehbarer Zeit. Armut und soziale Ungerechtigkeit werden die Begleiterscheinungen auf der schwierigen Suche nach einem neuen Wirtschaftsmodell sein,

bei der soziale Unruhen und politischer Protest nicht auszuschließen sind.

Literatur

- Bermudez, I. (2002): Devaluacion con los salarios en baja. In: Clarin. 4/01/02. Buenos Aires.
- Boris, D. (2001): Argentinien 2001: Von der langandauernden Rezession zur Währungs- und Finanzkrise. In: PROKLA 124 31 Jahrgang. No 3. Berlin.
- Caballero, R.; Dornbusch, R. (2002): La batalla por Argentina. In: La Nacion 24/4/02. Buenos Aires.
- Chudnoski, D.; Lopez, A (2001): La Transnacionalizacion de la economia argentina. Eudeba-Cenit. Buenos Aires.
- D'Alessio, N.; Oberbeck, H. (1994): Hüter des Geldes und Verwalter des Chaos. Argentinische Banken zwischen Strukturanpassung und Inflationsmanagement. Sigma. Berlin.
- International Monetary Fund (2000): Argentina. Selected Issues and Statistical Annex. September 6. 2000.
- INDEC (2000): Grandes Empresas en Argentina, 1998. Instituto Nacional de Estadísticas y Censos (INDEC). Buenos Aires.
- Vitelli, G. (2001): La deuda interna es una pampa. In: Pagina 12. 10/12/01. Buenos Aires.